

# Macht und Schwäche

## Was die Vereinigten Staaten und Europa auseinander treibt

Von Robert Kagan

Es ist an der Zeit, mit der Illusion aufzuräumen, Europäer und Amerikaner lebten in ein und derselben Welt oder besäßen gar ein gemeinsames Weltbild. In der alles entscheidenden Frage der Macht – in der Frage nach der Wirkungskraft, der Ethik, der Erwünschtheit von Macht – gehen die amerikanischen und die europäischen Ansichten auseinander. Europa wendet sich von der Macht ab oder es bewegt sich, anders gesagt, über diese hinaus. Es betritt eine in sich geschlossene Welt von Gesetzen, Regelungen, transnationalen Verhandlungen und transnationaler Zusammenarbeit, ein post-historisches Paradies des Friedens und des Wohlstands, das der Verwirklichung von Kants „ewigem Frieden“ gleichkommt. Dagegen bleiben die USA der Geschichte verhaftet und üben Macht in der Hobbesschen Welt aus, in der auf internationale Regelungen und Völkerrecht kein Verlass ist und in der wirkliche Sicherheit sowie die Förderung und Verteidigung einer liberalen Ordnung nach wie vor von Besitz und Einsatz militärischer Macht abhängen. Aus diesem Grund verstehen sich Amerikaner und Europäer in wichtigen strategischen Fragen heute immer weniger. Und dieser Zustand ist nicht vorübergehender Natur, nicht lediglich auf eine einzelne US-Wahl oder ein einzelnes Katastropheneignis zurückzuführen. Die Ursachen für die transatlantischen Meinungsverschiedenheiten liegen tief und werden nicht so schnell beseitigt werden können. Insofern es um das Setzen nationaler Prioritäten, die Einschätzung von Bedrohungen, die Gestaltung und Durchsetzung von Außen- und Verteidigungspolitik geht, haben die Wege der Vereinigten Staaten und Europas sich getrennt.

In Europa ist man sich der wachsenden Unterschiede stärker bewusst, vielleicht, weil man sie dort stärker fürchtet. Europäische Intellektuelle zeigen sich nahezu einmütig überzeugt davon, dass Amerika und Europa keine gemeinsame „strategische Kultur“ mehr haben. Die USA, so argumentieren viele Europäer, nähmen schneller Zuflucht zu militärischer Gewalt und brächten weniger Geduld für diplomatische Bemühungen auf. Für Amerikaner sei

- \* Der nachstehende Essay erschien unter dem Titel „Power and Weakness“ zuerst in der „Policy Review“, einer Zweimonatszeitschrift der den amerikanischen Republikanern nahestehenden Hoover Institution (Nr. 113, Mai/Juni 2002). Robert Kagans streitbare Thesen haben seit diesem Sommer ein wachsendes publizistisches Echo auch in der Bundesrepublik gefunden. Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der „Policy Review“ stellen wir Kagans Essay nun original in deutscher Sprache zur Debatte. Übersetzung und Kürzung besorgten Ingrid Rein und die „Blätter“-Redaktion. – D. Red.

die Welt in Gut und Böse eingeteilt. In der Auseinandersetzung mit Gegnern stellten sie Zwang über Überzeugungsarbeit, Strafmaßnahmen über Anreize zu besserem Verhalten, die Peitsche über das Zuckerbrot. Die Amerikaner seien stets bestrebt, internationale Fragen ein für alle Mal zu klären. Ihnen liege daran, dass Probleme gelöst, Bedrohungen beseitigt werden. Und natürlich tendieren die Amerikaner zunehmend zu Alleingängen in internationalen Angelegenheiten. Sie sind weniger darauf eingestellt, über internationale Organisationen wie die UN zu handeln, weniger geneigt, mit anderen Staaten zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenzuarbeiten, betrachten das Völkerrecht skeptischer und sind durchaus bereit, auch außerhalb seiner engen Grenzen zu operieren, wenn sie es für erforderlich oder nützlich halten.

Dagegen machen die Europäer beharrlich geltend, sie selbst gingen Probleme differenzierter und abgewogener an. Sie versuchten, andere behutsam und auf indirekte Weise zu beeinflussen. Sie seien geduldiger, nähmen auch einmal einen Fehlschlag in Kauf. Sie zögen Überzeugungsarbeit jedwedem Zwang vor. Sie setzten stärker auf das Völkerrecht und die Meinung der internationalen Gemeinschaft, wenn es um die Klärung strittiger Fragen gehe. Sie bemühten sich, die Staaten über Wirtschafts- und Handelsbeziehungen enger aneinander zu binden.

Dieses europäische Porträt der beiden Seiten ist natürlich eine Karikatur. Aber sie enthält bei aller Übertreibung und Simplifikation ein Körnchen Wahrheit: Die USA und Europa sind heute grundverschieden. Powell und Rumsfeld haben mehr gemein als Powell und Hubert Védrine [der ehemalige französische Außenminister] oder auch als Powell und Jack Straw. Im Hinblick auf den Einsatz von militärischer Gewalt haben die amerikanischen Demokraten mehr mit den Republikanern gemein als mit den meisten europäischen Sozialdemokraten.

Worauf sind diese Unterschiede zurückzuführen? Sie liegen, anders als viele Europäer glauben, nicht in den Nationalcharakteren begründet. Schließlich ist das, was die Europäer heute als ihre friedlichere strategische Kultur betrachten, recht neu. Es handelt sich um eine allmähliche Abkehr von der Kultur, die in Europa jahrhundertlang und zumindest bis zum Ersten Weltkrieg dominiert hat. Die europäischen Regierungen – und Völker –, die sich in diesen Krieg stürzten, glaubten an *Machtpolitik* [i. Orig. deutsch]. Zwar lassen sich die Wurzeln der derzeitigen europäischen Weltsicht und auch der EU bis in die Aufklärung zurückverfolgen, doch Europas Machtpolitik hielt sich nicht an die Entwürfe der Philosophen und Physiokraten.

Auch haben die USA nicht von jeher bei der Gestaltung internationaler Beziehungen auf militärische Gewalt gesetzt, dem Völkerrecht die kalte Schulter gezeigt und ganz offen zum Unilateralismus tendiert. Die Amerikaner sind ebenfalls Kinder der Aufklärung und waren in den frühen Jahren der Republik aufrichtigere Verfechter ihrer Ideen. Im 18. und 19. Jahrhundert klangen Amerikas Staatsmänner ganz ähnlich wie die europäischen Staatsmänner von heute, die Handelsbeziehungen und Völkerrecht als die Mittel preisen, die bei internationalen Auseinandersetzungen über die Anwendung militärischer Gewalt zu stellen seien. Die jungen USA spielten zwar ihre

Macht gegenüber schwächeren Völkern auf dem nordamerikanischen Kontinent aus, doch als es darum ging, sich mit den europäischen Riesen anzulegen, behaupteten sie, der Macht abzuschwören, und verurteilten die Machtpolitik der europäischen Staaten als atavistisch.

Zwei Jahrhunderte später haben Amerikaner und Europäer die Plätze – und Perspektiven – getauscht. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass sich in diesen zweihundert Jahren, vor allem aber in den letzten Jahrzehnten, die Macht entscheidend verlagert hat. Als die USA schwach waren, verfolgten sie die Strategien der Schwachen; nun, da sie mächtig sind, benehmen sie sich auch wie ein mächtiger Staat. Als die europäischen Großmächte stark waren, glaubten sie an Stärke und Kriegsruhm. Heute sehen sie die Welt mit den Augen schwächerer Mächte. Diese ganz unterschiedlichen Blickwinkel – aus einer Position der Schwäche oder der Stärke – haben naturgemäß unterschiedliche strategische Einschätzungen hervorgebracht, unterschiedliche Beurteilungen von Bedrohungen und den richtigen Mitteln, diesen zu begegnen, ja sogar unterschiedliche Interessenkalküle.

Aber darin finden wir nur einen Teil der Antwort. Denn zugleich mit diesen natürlichen Konsequenzen des transatlantischen Machtgefälles zeigt sich ein tiefer ideologischer Graben. Europa hat auf Grund der einzigartigen historischen Erfahrung, die seine Geschichte während des letzten halben Jahrhunderts darstellt, einen Werte- und Prinzipienkatalog hinsichtlich des Nutzens und der Ethik von Machtpolitik entwickelt, der sich von den Werten und Prinzipien der Amerikaner unterscheidet. Denn letztere haben diese historische Erfahrung nicht gemacht. Wenn die strategische Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa heute größer denn je erscheint und sich mit beunruhigender Geschwindigkeit weiter öffnet, so deshalb, weil die sachlichen und die ideologischen Gegensätze einander wechselseitig verstärken. Die daraus erwachsenden Spaltungstendenzen könnten sich als irreversibel erweisen.

### *Das Machtgefälle: Wahrnehmung und Wirklichkeit*

Europa verlor mit dem Ende des Kalten Krieges endgültig seine zentrale strategische Position, doch dauerte es noch einige Jahre, bis die Illusion von der Weltmachtrolle endgültig schwand. Während der 90er Jahre behielt Europa auf Grund des Krieges auf dem Balkan und der NATO-Erweiterung sowohl für die Europäer als auch für die Amerikaner seine strategische Bedeutung.

Damals richtete sich die Hoffnung auf das „neue Europa“. Durch die Verschmelzung zu einer einzigen politischen und ökonomischen Einheit – in der Konsequenz des Maastrichter Vertrags von 1992 – könne, so hofften viele, Europa seine alte Größe in einer neuen Form wiedererlangen. „Europa“ würde die neue Supermacht, nicht nur auf wirtschaftlichem und politischem, sondern auch auf militärischem Gebiet. Es würde sich um Krisen auf dem europäischen Kontinent wie den Balkankonflikt kümmern und erneut eine Weltrolle spielen. In den 90er Jahren konnten die Europäer selbstbewusst behaupten, die Macht eines vereinten Europa würde die „Multipolarität“

wiederherstellen, die durch den Kalten Krieg und seine Folgen verloren gegangen war. Und die meisten Amerikaner pflichteten – wenn auch mit gemischten Gefühlen – bei, dass der Supermacht Europa die Zukunft gehöre.

Doch die europäischen Ambitionen erfüllten sich nicht, die amerikanischen Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet. Es kam in den 90er Jahren nicht zu dem erwarteten Aufstieg Europas zur Supermacht, vielmehr ließ sich dessen relative Schwäche nicht mehr verbergen. Der Balkankonflikt zu Beginn des Jahrzehnts offenbarte die militärische Unfähigkeit und politische Konfusion Europas; der Kosovokonflikt am Ende des Jahrzehnts machte die Kluft deutlich, die in Hinblick auf Militärtechnologie und die Fähigkeit zur modernen Kriegsführung zwischen Amerika und Europa bestand und die während der kommenden Jahre nur noch breiter werden würde.

Zu erwarten, Europa könne erneut Großmachtstatus erlangen, war unrealistisch, solange die Europäer sich nicht entschlossen, finanzielle Mittel in größerem Maßstab von sozialen in militärische Programme umzuschichten. Und dazu waren sie ganz offensichtlich nicht bereit. Die Europäer waren nicht nur nicht willens, die nötigen Mittel zur Projektion militärischer Macht in Gebiete außerhalb Europas aufzubringen; nach dem Kalten Krieg zeigten sie sich nicht einmal dazu bereit, so viel Geld für ihre Streitkräfte auszugeben, dass sie wenigstens kleinere Militäraktionen auf ihrem eigenen Kontinent ohne amerikanische Hilfe durchführen konnten. Auch schien es keine Rolle zu spielen, ob man von der europäischen Öffentlichkeit verlangte, Geld zur Stärkung der NATO oder für eine unabhängige europäische Außen- und Verteidigungspolitik auszugeben. Die Antwort war stets dieselbe. Anstatt den Zusammenbruch der Sowjetmacht als Chance zu begreifen, weltweit die Muskeln spielen zu lassen, nutzten die Europäer die Gelegenheit, um eine ansehnliche Friedensdividende einzustreichen. Im Durchschnitt sanken die europäischen Verteidigungsbudgets nach und nach auf unter 2 % des BIP, und die militärische Schlagkraft Europas fiel daher während der 90er Jahre immer weiter hinter die der Vereinigten Staaten zurück.

Die zunehmend ungleiche Verteilung der Macht diesseits und jenseits des Atlantiks musste unvermeidlich zu divergierenden strategischen Vorstellungen führen. Schon während des Kalten Krieges hatten Amerikas militärische Vorherrschaft und Europas relative Schwäche zu Misslichkeiten geführt. *Gaullismus*, *Ostpolitik* [i. Orig. deutsch], die europäischen Unabhängigkeits- und Einheitsbestrebungen waren nicht allein Ausdruck eines europäischen Strebens nach Ansehen und Handlungsfreiheit. Sie spiegelten auch die europäische Überzeugung wider, die Haltung der USA im Kalten Krieg sei zu sehr auf Konfrontation angelegt, zu militaristisch und zu riskant. Die Europäer glaubten, besser zu wissen, wie man mit den Sowjets zurechtkommt: nämlich durch Engagement und Lockmittel, durch ein Netz wirtschaftlicher und politischer Bindungen, durch Nachsicht und Ausdauer. Diese Auffassung war durchaus legitim und wurde von vielen Amerikanern geteilt. Doch sie offenbarte auch die Schwäche Europas im Vergleich zu den USA, die geringeren militärischen Optionen, die Europa zur Verfügung standen, und seine größere Verwundbarkeit gegenüber einer mächtigen Sowjetunion. In sie mag auch

die Erinnerung des alten Kontinents an die europäischen Kriege eingegangen sein. Amerikaner, die mit den Feinheiten politischer Entspannung nicht vertraut waren, betrachteten Europas Vorgehen als eine Form von Beschwichtigungspolitik, eine Rückkehr zur Mentalität der 30er Jahre. Aber das Wort Beschwichtigung klingt in den Ohren derer, die auf Grund der eigenen Schwäche kaum attraktive Alternativen haben, nicht unanständig. Sie halten Beschwichtigungspolitik für eine raffinierte Strategie.

### *Die Psychologie der Macht und der Schwäche*

Die gegenwärtigen Misshelligkeiten in den transatlantischen Beziehungen gehen also, kurz gesagt, nicht auf das Konto von George Bush. Sie resultieren vielmehr aus der unterschiedlichen Machtverteilung. Die militärische Stärke der Vereinigten Staaten hat in den USA die Neigung wachsen lassen, diese Stärke auch auszuspielen. Europas militärische Schwäche dagegen hat zu einer verständlichen Abneigung gegen die Ausübung militärischer Macht geführt. Ja, sie hat bei den Europäern das Interesse wachsen lassen, in einer Welt zu leben, in der Stärke keine Rolle spielt, in der internationales Recht und internationale Institutionen die entscheidenden Elemente sind, in der ein unilaterales Vorgehen seitens mächtiger Staaten verboten ist, in der alle Nationen, ungeachtet ihrer Stärke, gleiche Rechte haben und durch internationale Abmachungen gleichermaßen geschützt sind. Die Europäer haben ein massives Eigeninteresse an der Abwertung und schließlich Abschaffung der brutalen Gesetze, die in einer anarchischen Welt à la Hobbes gelten, wo über Sicherheit und Erfolg der Nationen letztlich die jeweilige Machtposition entscheidet.

Das ist kein Vorwurf. Eine solche Welt haben sich schwächere Nationen schon immer gewünscht. Der große Befürworter eines internationalen Seerechts im 18. Jahrhundert waren die Vereinigten Staaten; ihr großer Gegenspieler war Britannien, „die Beherrscherin der Meere“. In einer gesetzlosen Welt haben schwächere Staaten immer Angst, sie könnten die Opfer sein. Großmächte dagegen haben häufig Angst vor Regeln, die sie womöglich mehr einengen als die Anarchie, in der ihre Macht ihnen zu Sicherheit und Wohlstand verhilft.

Diese ganz natürlichen Meinungsunterschiede zwischen dem Stärkeren und dem Schwächeren offenbaren sich in der gegenwärtigen transatlantischen Kontroverse über die Frage des Unilateralismus. Die Europäer sind zumeist überzeugt, ihre Einwände gegen einen amerikanischen Unilateralismus bewiesen, dass sie bestimmten Idealen im Hinblick auf die Weltordnung stärker verpflichtet seien. Dass ihre feindselige Haltung dem Unilateralismus gegenüber auch auf Eigeninteresse beruht, geben sie weniger gern zu. Die Europäer haben Angst vor amerikanischem Unilateralismus. Sie befürchten, er werde eine Hobbessche Welt festschreiben, in der sie zunehmend verwundbar werden könnten. Die USA mögen zwar ein verhältnismäßig wohl wollender Hegemon sein, aber sofern ihr Handeln das Zustandekommen

einer der Sicherheit der schwächeren Staaten zuträglicheren Weltordnung verzögert, stellen sie objektiv eine Gefahr dar.

Dies ist einer der Gründe, warum heute ein Hauptanliegen europäischer Außenpolitik darin besteht, die Vereinigten Staaten zu „multilateralisieren“, wie es ein europäischer Beobachter ausdrückt. Die Europäer bauen sich nicht zu einer ausgleichenden Gegenkraft zur US-Hegemonie auf, wie Huntington und viele Anhänger der realistischen Schule es gerne sähen. Schließlich vergrößern die Europäer ihre Macht ja nicht. Ihre Taktik ist, wie auch ihr Ziel, die Taktik der Schwachen. Sie hoffen darauf, die Macht der USA zu beschränken, ohne selbst Macht auszuüben. Sie möchten den Koloss kontrollieren, indem sie an sein Gewissen appellieren ...

Die Psychologie europäischer Schwäche ist unschwer zu verstehen. Ein nur mit einem Messer bewaffneter Mann mag zu dem Schluss kommen, ein Bär, der den Wald unsicher macht, stelle eine durchaus hinnehmbare Gefahr dar; schließlich ist die Alternative – das Raubtier nur mit einem Messer bewaffnet zu jagen – wesentlich risikoreicher, als sich einfach ruhig zu verhalten und darauf zu hoffen, dass der Bär nicht angreift. Der gleiche Mann wird aber sehr wahrscheinlich zu einer ganz anderen Einschätzung der Situation gelangen, wenn er mit einem Gewehr bewaffnet ist. Warum sollte er das Risiko eingehen, zerfleischt zu werden, wenn er es vermeiden kann?

Diese vollkommen normale menschliche Verhaltensweise treibt heute einen Keil zwischen die Vereinigten Staaten und Europa. Die Europäer sind – aus nachvollziehbaren Gründen – zu dem Schluss gekommen, die von Saddam Hussein ausgehende Bedrohung sei für sie weniger groß als das mit seiner Beseitigung verbundene Risiko. Dagegen liegt die Toleranzschwelle der stärkeren Amerikaner gegenüber Saddam Hussein und seinen Massenvernichtungswaffen – aus nachvollziehbaren Gründen – vor allem seit dem 11. September niedriger. Die Europäer behaupten gern, die Amerikaner seien geradezu versessen darauf, Probleme zu lösen, aber wer über entsprechende Möglichkeiten verfügt, wird nun einmal eher versuchen, eine Lösung herbeizuführen. Die Amerikaner können sich vorstellen, eine Invasion im Irak zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen und Saddam zu stürzen, weshalb auch über 70 % der Amerikaner offenbar einen solchen Schritt befürworten. Es überrascht nicht, dass Europäer diese Perspektive unvorstellbar und erschreckend finden.

Die unterschiedliche Wahrnehmung der Bedrohung in den Vereinigten Staaten und in Europa ist jedoch nicht nur eine Frage der Psychologie. Für Europa stellt Saddam Hussein keine so große Gefahr dar wie für die USA. Letztere wären selbst dann stärker bedroht, wenn Amerikaner und Europäer in der Irak-Politik völlig einer Meinung wären; dies ist die logische Folge der ungleichen Machtverteilung auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Aufgabe, Saddam Hussein unter Kontrolle zu halten, fällt in erster Linie den Vereinigten Staaten zu, nicht Europa. Dies wird allgemein so gesehen – auch von Saddam Hussein, weshalb dieser die Vereinigten Staaten und nicht Europa als Hauptfeind betrachtet. Im Persischen Golf, im Mittleren Osten und in den meisten anderen Regionen der Welt (Europa eingeschlossen) spielen die USA

die Rolle des Vollstreckers. „Ihr seid doch so mächtig“, sagen die Europäer häufig zu den Amerikanern, „warum fühlt ihr euch denn bedroht?“ Doch gerade ihre Macht lässt die Vereinigten Staaten zum Hauptziel, oft sogar zum einzigen Ziel, werden. Die Europäer haben verständlicherweise nichts dagegen, dass das so bleibt.

### *Die Ursprünge der neuen europäischen Außenpolitik*

So wichtig die Machtdivergenz für die Gestaltung der strategischen Kultur der Vereinigten Staaten bzw. Europas auch sein mag – sie ist nur ein Teil der Geschichte. In den letzten fünfzig Jahren hat sich in Europa eine grundlegend andere Ansicht über die Rolle von Macht in internationalen Angelegenheiten herausgebildet, eine Ansicht, die aus seiner einzigartigen historischen Erfahrung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs resultiert. Die heutige strategische Kultur Europas ist eine bewusste Abkehr von der europäischen Vergangenheit, vom Übel der *Machtpolitik*. Denn wer weiß besser als die Europäer, welche Gefahren von einer ungezügelter Machtpolitik ausgehen, von übertriebenem Vertrauen auf militärische Gewalt, von einer Politik nationaler Egoismen und Ansprüche, ja sogar von der Orientierung an Kräftegleichgewicht und *raison d'état*. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer drückte es in einer Rede über seine Vision der europäischen Zukunft (in der Berliner Humboldt-Universität am 12. Mai 2000)<sup>1</sup> folgendermaßen aus: „Der Kern des Europagedankens nach 1945 war und ist deshalb die Absage an das Prinzip der *balance of power*, des europäischen Gleichgewichtssystems und des Hegemonialstrebens einzelner Staaten, wie es nach dem Westfälischen Frieden von 1648 entstanden war.“ Die Europäische Union ist als solche das Produkt eines schrecklichen Jahrhunderts europäischer Kriege.

Natürlich ging es bei der europäischen Integration insbesondere darum, das „Hegemonialstreben“ eines ganz bestimmten Landes einzudämmen. In der Zählung und Integration Deutschlands besteht tatsächlich Europas größte Errungenschaft – weltgeschichtlich gesehen vielleicht sogar die größte Leistung internationaler Politik. Einige Europäer erinnern sich, wie Fischer, an die zentrale Rolle, die die Vereinigten Staaten bei der Lösung des „deutschen Problems“ gespielt haben. Weniger beliebt ist die Erinnerung daran, dass die militärische Zerstörung Nazideutschlands die Voraussetzung für den späteren Frieden in Europa war. Die meisten Europäer glauben, die Umgestaltung der europäischen Politik, die bewusste Abkehr von den Jahrhunderten der *Machtpolitik* habe die „neue Ordnung“ letztendlich ermöglicht. Die Europäer, die die Machtpolitik einst erfunden haben, verwandelten sich per Willensakt in wiedergeborene Idealisten und ließen das, was Fischer als das „alte Gleichgewichtssystem mit seiner anhaltend nationalen Orientierung, Koalitionszwängen, klassischer Interessenpolitik und der permanenten

1 Wortlaut in „Blätter“, 6/2000, S. 752-762, hier S. 752 bzw. S. 755. – D. Red.

Gefahr nationalistischer Ideologien und Konfrontationen“ bezeichnete, hinter sich.

Fischer steht an dem einem Ende des Spektrums des europäischen Idealismus. Doch im Grunde handelt es sich nicht um eine Frage von Rechts oder Links. Fischers zentrales Argument – Europa habe sich über das alte System der Machtpolitik hinausbewegt und ein neues System entdeckt, in den internationalen Beziehungen Frieden zu halten – wird von weiten Kreisen in ganz Europa geteilt. Wie der britische Diplomat Robert Cooper schreibt, lebt Europa heute in einem „postmodernen System“, das nicht mehr auf einem Gleichgewicht der Kräfte basiert, sondern auf „der Ablehnung von militärischer Gewalt“ und „selbstaufgelegten Verhaltensregeln“. („The Observer“, 7. 4. 2002) „In der postmodernen Welt“, so Cooper, ist im Hinblick auf internationale Angelegenheiten „an die Stelle der *raison d'état* und der von ethischen Normen losgelösten Staatskunst Machiavellis [...] ein moralisches Bewusstsein getreten.“ Innerhalb der Grenzen Europas wurden die jahrhundertealten Gesetze, die die internationalen Beziehungen regelten, außer Kraft gesetzt. Die Europäer haben die Hobbessche Welt der Anarchie hinter sich gelassen und sind in die Kantsche Welt des ewigen Friedens eingetreten.

Die Mittel, die dieses Wunder bewirkten, haben für die Europäer, vor allem seit dem Ende des Kalten Krieges, einen gewissen Nimbus. Diplomatie, Verhandlungen, das Schmieden von Wirtschaftsbeziehungen, politisches Engagement, Anreize an Stelle von Sanktionen, kleine Schritte und maßvolle Erfolgserwartungen – das waren die Mittel, mit deren Hilfe die deutsch-französische Annäherung zu Stande kam, die Mittel also, die letztlich die europäische Integration ermöglichten. Man wollte die Integration nicht auf militärische Abschreckung oder das Gleichgewicht der Kräfte gründen. Ganz im Gegenteil: Das Wunder verdankte sich der Ablehnung militärischer Machtentfaltung und der Infragestellung ihrer Zweckdienlichkeit als Instrument der internationalen Politik – zumindest innerhalb der Grenzen Europas. Während des Kalten Krieges bezweifelten nur wenige Europäer, dass militärische Macht unabdingbar sei, um die Sowjetunion abzuschrecken. Innerhalb Europas herrschten jedoch andere Spielregeln.

Die kollektive Sicherheit wurde durch den *deus ex machina* USA gewährleistet, welcher mittels der NATO-Militärstrukturen agierte. Geschützt durch diesen Sicherheitswall bauten die Europäer, befreit von den brutalen Gesetzen der Machtpolitik, ja sogar von machtpolitischem Denken, an ihrer neuen Ordnung. Diese Evolution begann bereits während des Kalten Krieges. Doch erst dessen Ende, mit dem die äußere Bedrohung wegfiel, ließ Europas neue Ordnung und seinen neuen Idealismus richtig aufblühen.

Befreit von militärischen Abschreckungserfordernissen jeglicher Art, innen wie äußeren, waren die Europäer nun mehr denn je davon überzeugt, dass ihre Art der Lösung internationaler Probleme künftig weltweit zum Tragen kommen würde. Sie boten der Welt nicht Macht, sondern deren Überwindung. Das „Wesen“ der EU, schreibt Steven Everts<sup>2</sup>, ist „die Unterwerfung

2 Direktor des transatlantischen Programms von CER (Centre for European Reform), London. – D. Red.



zwischenstaatlicher Beziehungen unter die Herrschaft des Rechts", und die Erfahrung, die Europa auf dem Felde erfolgreicher multilateraler Politik vorweisen kann, hat ihrerseits den Ehrgeiz geweckt, die ganze Welt zu bekehren. Europa „hat bei der ‚Governance‘ der Welt eine Rolle zu spielen“, sagt Romano Prodi, eine Rolle, die darin besteht, die europäische Erfahrung weltweit zu wiederholen. In Europa „hat der Rechtsstaat bereits das brutale Machtspiel ersetzt“. Indem wir „die Integration vollenden, geben wir der Welt das gelungene Beispiel für *eine Methode des Friedens*“.<sup>3</sup>

Die Übertragung des europäischen Wunders auf den Rest der Welt ist zu Europas neuer *mission civilisatrice* geworden. So, wie die Amerikaner stets glaubten, das Geheimnis menschlichen Glücks gelüftet zu haben, und dem Rest der Welt dieses Glück ebenfalls bringen wollten, so glauben jetzt die Europäer eine Mission zu haben, die aus ihrer eigenen Entdeckung des ewigen Friedens heraus geboren wurde.

Damit kommen wir zu der vielleicht wichtigsten Ursache der Meinungsdivergenz zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Amerikas Macht und seine Bereitschaft, diese Macht – nötigenfalls auch einseitig – auszuüben, stellen eine Bedrohung für Europas neues Sendungsbewusstsein dar. Für amerikanische Politiker ist es schwer zu verstehen, dass die Sorge führender Beamter und Politiker in Europa weniger dem Irak selbst und Saddam Husseins Massenvernichtungsmitteln als vielmehr der Frage gilt, inwieweit die USA das Irak-Problem womöglich durch einseitige oder vom Völkerrecht nicht gedeckte Militäraktionen falsch anpacken könnten.

Dass ein vereintes Europa sich zu einer globalen Supermacht mausern wird, die im Stande ist, ein politisches Gegengewicht zu den USA zu bilden, mag eines der Verkaufsargumente für die europäische Integration gewesen sein. In Wirklichkeit aber hat das ehrgeizige Streben nach europäischer „Macht“ etwas Anachronistisches. Es ist ein atavistisches Streben, das mit den Idealen des postmodernen Europa unvereinbar ist. Welche Absichten die Architekten der europäischen Integration auch verfolgt haben mögen, der Entwicklung Europas zur Militärmacht und zum wichtigen Global Player war sie abträglich.

Dies zeigt sich nicht nur an den stagnierenden oder sinkenden europäischen Verteidigungsetats, sondern auch im Bereich der „weichen“ Macht. Führende europäische Politiker sprechen von Europas unentbehrlicher Rolle in der Welt. Prodi wünscht sich sehnlichst, „dass unsere Stimme gehört wird, dass unsere Taten zählen“. Es stimmt, dass die Europäer viel Geld für Auslandshilfe ausgeben – pro Kopf mehr als die USA, wie sie betonen. Die Europäer beteiligen sich an Militäreinsätzen im Ausland, solange diese sich im Wesentlichen auf friedenssichernde Maßnahmen beschränken. Doch ungeachtet der vorsichtigen Vorstöße der EU im Mittleren Osten oder in Korea bleibt festzuhalten, dass die EU-Außenpolitik das farbloseste Element der europäischen Integration ist.

3 Rede des EU-Kommissionspräsidenten am 29. Mai 2001 im Pariser Institut d'Etudes Politiques. – D. Red.

Zudem ist unübersehbar, dass Probleme außerhalb Europas bei den Europäern nicht auf annähernd so viel Interesse stoßen wie rein europäische Probleme. Dies hat Amerikaner aller politischer Richtungen überrascht und frustriert. (Man erinnere sich der tiefen Enttäuschung amerikanischer Liberaler, als die Europäer keinen wirksamen Protest gegen Bushs Rückzug aus dem ABM-Vertrag zu Stande brachten.) Angesichts der ebenso umfangreichen wie schwierigen Integrationsagenda ist Europas Neigung, den Blick nach innen zu richten, aber durchaus verständlich. Die EU-Erweiterung, die Revision der Wirtschafts- und der Agrarpolitik der Gemeinschaft, die Frage nationale Souveränität versus supranationale Politik [*governance*], das so genannte Demokratiedefizit, das Drängeln der großen europäischen Mächte und die Unzufriedenheit der kleineren, die Einführung einer neuen europäischen Verfassung – all dies sind große und unausweichliche Herausforderungen.

Die amerikanische Politik stößt in bestimmten Bereichen – etwa in der Frage der Raketenabwehr und des ABM-Vertrags, der Kriegsdrohung gegen den Irak, der Unterstützung Israels – auf wenig Gegenliebe bei den Europäern, die solche Vorstöße um so ärgerlicher finden, als sie für Europa eine Ablenkung bedeuten. Die Europäer verweisen oft auf die Kirchturmpolitik der USA, doch sind sie selbst außerordentlich introspektiv geworden.

Die meisten Europäer erkennen das Paradoxe der Situation nicht: dass nämlich ihr Eintritt in das post-historische Paradies nur möglich war, weil die Vereinigten Staaten *nicht* den gleichen Weg beschritten. Dank Amerikas Macht konnten die Europäer sich dem Glauben hingeben, Macht sei nicht mehr wichtig. Und ironischerweise gestattet just der Umstand, dass die Militärmacht der USA das europäische – und insbesondere das deutsche – Problem gelöst hat, den Europäern zu glauben, die US-amerikanische Militärmacht und die „strategische Kultur“, die sie aufrechterhalten hat, sei überholt und gefährlich.

Doch da Europa weder willens noch fähig ist, sein eigenes Paradies zu schützen und es davor zu bewahren, geistig wie physisch von einer Welt überannt zu werden, die die Herrschaft des „moralischen Bewusstseins“ erst noch akzeptieren muss, ist es abhängig geworden von der Bereitschaft Amerikas, seine militärische Macht einzusetzen, um überall auf der Welt all jene abzuschrecken oder niederzuringen, die noch immer an Machtpolitik glauben.

Einige Europäer begreifen die Situation allerdings durchaus. Dass sich unter diesen so mancher Brite befindet, ist nicht verwunderlich. Robert Cooper etwa beschreibt die Notwendigkeit, der unangenehmen Wahrheit ins Auge zusehen, dass es zwar „in der postmodernen Welt (d.h. im heutigen Europa [R.K.]) keine Bedrohungen der Sicherheit im herkömmlichen Sinne gibt“, dass aber im Rest der Welt – den Cooper als „moderne und prämoderne Zonen“ bezeichnet – reichlich Bedrohungen vorhanden sind. Wenn sich die postmoderne Welt nicht selbst schützt, kann sie zerstört werden. Doch wie kann Europa sich schützen, ohne die Ideale aufzugeben, auf die es sich beruft?

„Die Herausforderung für die postmoderne Welt besteht“, so Cooper, „darin, sich an den Gedanken der Doppelmoral zu gewöhnen“. Unter sich agieren die Europäer „auf der Basis von Gesetzen und offener, kooperativer

Sicherheit". Wenn es jedoch um die Welt außerhalb Europas geht, „müssen wir auf die rauerer Methoden einer früheren Epoche zurückgreifen – auf Gewalt, Präventivschläge, Täuschung und was sonst noch erforderlich sein mag“. Im Hinblick auf den Schutz der Gesellschaft lautet Coopers Prinzip: „Im Umgang miteinander beachten wir das Gesetz, doch wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir uns nach den Gesetzen des Dschungels richten.“

Cooper wendet sich mit seiner Argumentation an Europa und verbindet sie angemessenerweise mit der Aufforderung, Europa solle seine – „physische wie psychologische“ – Verteidigung nicht länger vernachlässigen. Tatsächlich beschreibt er aber nicht die Zukunft Europas, sondern Amerikas Gegenwart. Denn den USA ist die schwierige Aufgabe zugefallen, zwischen diesen beiden Welten zu navigieren und dabei zu versuchen, die Gesetze der fortgeschrittenen zivilisierten Gesellschaft zu befolgen, zu verteidigen und zu fördern, gleichzeitig aber mit militärischer Gewalt gegen jene vorzugehen, die sich weigern, diesen Gesetzen Folge zu leisten.

Dies bedeutet, dass die Vereinigten Staaten, obwohl sie entscheidend dazu beigetragen haben, Europa in sein Kantsches Paradies zu befördern, und immer noch eine Schlüsselrolle bei dessen Erhaltung spielen, selbst in dieses Paradies nicht eintreten können. Sie bewachen die Mauern, können selbst jedoch das Tor nicht durchschreiten. Die USA bleiben, trotz ihrer immensen Macht, der Geschichte verhaftet; an ihnen bleibt die Aufgabe hängen, mit den Saddams und Ajatollahs, den Kim Jong Ils und Jiang Zemins fertig zu werden, während andere davon profitieren.

### *Eine akzeptable Auf(gaben)teilung?*

Das amerikanische Volk scheint bereit zu sein, diese globale Bürde weiterhin zu schultern, ja lässt nach dem 11. September sogar noch mehr Bereitschaft dazu erkennen. Den Amerikanern macht es offenbar nichts aus, dass sie nicht in eine „postmoderne“ Utopie eintreten können. Sie sind stolz auf die militärische Macht ihres Landes und auf seine Sonderrolle in der Welt. Die Amerikaner haben keine Erfahrungen gemacht, die sie veranlassen würden, sich die Europa heute inspirierenden Ideale und Prinzipien uneingeschränkt zu Eigen zu machen. Ihr Weltbild leitet sich vielmehr aus ganz anderen Erfahrungen ab. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts liebäugelten die Amerikaner mit einer bestimmten Form von internationalistischem Idealismus. Aber dann kamen München und Pearl Harbour und schließlich, nach einem neuerlichen flüchtigen Aufblitzen von Idealismus, das Eintauchen in den Kalten Krieg. Die „Lektion von München“ wurde für das strategische Denken der USA ausschlaggebend und ist, auch wenn sie zwischenzeitlich für eine Weile von der „Vietnam-Lektion“ verdrängt wurde, auch heute noch das dominierende Paradigma. Für die jüngeren Generationen von Amerikanern, die sich nicht mehr an München oder Pearl Harbor erinnern können, gibt es jetzt den 11. September.

Amerikaner sind Idealisten, doch haben sie keinerlei Erfahrung darin, Ideale ohne den Einsatz von Macht zu verwirklichen. Ganz gewiss haben sie keine Erfahrung mit erfolgreicher supranationaler Politik; und sie haben nur selten Erfahrungen gemacht, die sie veranlassen könnten, ihr Vertrauen auf das Völkerrecht und internationale Institutionen zu setzen, so sehr sie es vielleicht auch möchten, und noch weniger Erfahrungen, die sie dazu bewegen könnten, – gemeinsam mit den Europäern – der Machtpolitik zu entsagen.

Die Vereinigten Staaten sind gezwungen, zuweilen nach den Spielregeln einer Hobbesschen Welt zu agieren, auch wenn sie damit gegen europäische Normen verstoßen. Sie sind gezwungen, die Einhaltung bestimmter internationaler Abkommen zu verweigern, die ihre Fähigkeit, in Robert Coopers Dschungel erfolgreich zu kämpfen, einschränken würden. Sie sind gezwungen Rüstungskontrollen zu unterstützen, sie aber nicht immer auch für sich selbst gelten zu lassen. Sie sind gezwungen, mit einer doppelten Moral zu leben.

Nur wenige Europäer räumen ein, wie Cooper es implizit tut, dass ein derartiges amerikanisches Vorgehen der zivilisierten Welt durchaus zum Nutzen gereichen mag, dass die amerikanische Macht, auch wenn sie mit zweierlei Maß misst, vielleicht das beste – vielleicht sogar das einzige – Mittel ist, den Fortschritt der Menschheit zu fördern. Stattdessen betrachten heute viele Europäer die Vereinigten Staaten selbst als den Banditen, den Oberschurken. Die Europäer haben sich über Präsident Bushs „Unilateralismus“ beklagt, doch sie beginnen allmählich zu begreifen, dass das eigentliche Problem nicht Bush oder irgendein anderer amerikanischer Präsident ist. Es ist struktureller Natur. Und es ist unlösbar.

Da die Vereinigten Staaten ihre Macht wohl kaum einschränken werden und Europa seine eigene Macht bzw. seine Bereitschaft, die Macht, die es besitzt, auch einzusetzen, im besten Falle geringfügig vergrößern wird, dürfte die Zukunft verstärkt von transatlantischen Spannungen geprägt sein. Die Gefahr – wenn es denn eine ist – besteht darin, dass die Vereinigten Staaten und Europa sich eindeutig von einander entfremden. Die Kritik der Europäer an den Amerikanern wird schärfer werden. Die USA werden immer weniger bereit sein, sie sich zu Herzen oder auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Es könnte der Tag kommen, wenn er nicht schon da ist, an dem die Amerikaner den Äußerungen der EU nicht mehr Beachtung schenken als den Äußerungen der ASEAN oder des Andenpakts.

Für diejenigen von uns, die während des Kalten Krieges groß geworden sind, ist die strategische Entkoppelung Europas und der USA eine erschreckende Vorstellung. Würde die amerikanische Gesellschaft sich nach und nach von dem loslösen, was wir heute den Westen nennen, falls die Amerikaner irgendwann zu der Ansicht gelangen sollten, Europa sei nichts weiter als ein Ärgernis und völlig ohne Belang? Das ist eine Gefahr, die auf keiner Seite des Atlantiks auf die leichte Schulter genommen werden sollte.

Was also tun? Die Antwort lautet offensichtlich, dass Europa dem von Cooper und anderen empfohlenen Kurs folgen und seine militärische Schlagkraft ausbauen sollte – selbst wenn dies nur in geringfügigem Ausmaß

geschieht. Zwar besteht wenig Hoffnung, dass es dazu kommt. Aber wer weiß? Vielleicht setzt ja die Besorgnis über Amerikas überwältigende Vormachtstellung tatsächlich Energien in Europa frei. Vielleicht lässt sich mit den atavistischen Triebfedern, die deutsche, britische und französische Herzen noch immer bewegen – die Erinnerung an Macht, Einfluss und nationalen Ehrgeiz –, heute noch etwas in Gang bringen.

Die Amerikaner können helfen. Es stimmt, dass die Bush-Administration ihr Amt mit einem Komplex angetreten hat. Sie stand – was, allerdings in geringerem Maße, auch für die Clinton-Administration galt – dem neuen Europa feindselig gegenüber, in dem sie weniger einen Verbündeten als einen Klotz am Bein sah. Selbst nach dem 11. September, als die Europäer anboten, ihre begrenzten militärischen Möglichkeiten in Afghanistan einzubringen, zögerten die USA, weil sie befürchteten, das Angebot zur Zusammenarbeit sei eine List der Europäer, um Amerika Fesseln anzulegen. Die Bush-Administration betrachtete den Beschluss der NATO, die Vereinigten Staaten gemäß Artikel 5 des Bündnisvertrags zu unterstützen, weniger als Gefälligkeit denn als Falle. Dadurch wurde eine Chance, Europa, wenn auch in einer untergeordneten Rolle, draußen in der Hobbesschen Welt in den Kampf einzubeziehen, unnötigerweise verspielt.

Die Amerikaner sind so mächtig, dass sie die Europäer nicht zu fürchten brauchen, selbst wenn diese Geschenke bringen. Amerikas politische Führer sollten die Vereinigten Staaten nicht als einen von den Liliputanern gefesselten Gulliver betrachten, sondern vielmehr erkennen, dass die USA praktisch so gut wie keinen Einschränkungen unterliegen und dass Europa nicht wirklich im Stande ist, die amerikanische Macht zu zügeln. Könnten die USA die von diesem unangebrachten Gefühl des Gefesseltseins hervorgerufene Angst überwinden, dann könnten sie nach und nach mehr Verständnis für die Empfindlichkeiten anderer und eine großzügigere Geisteshaltung an den Tag legen. Sie könnten dem Multilateralismus und der Herrschaft des Rechts ihren Respekt zollen und so versuchen, ein wenig politisches Kapital für jene Momente zu bilden, in denen Multilateralismus unmöglich ist und Alleingänge sich nicht vermeiden lassen. Sie könnten, kurz gesagt, besser darauf achten, das an den Tag zu legen, was ihre Gründerväter „geziemende Achtung vor der Meinung der Menschheit“ nannten.

Dies sind kleine Schritte, und sie werden die tief greifenden Probleme nicht beseitigen, die die transatlantischen Beziehungen gegenwärtig belasten. Aber schließlich ist es mehr als ein Klischee, dass die Vereinigten Staaten und Europa über einen gemeinsamen, westlichen Wertebestand verfügen. Was sie für die Menschheit erstreben, ist weitgehend deckungsgleich, auch wenn die extrem ungleiche Verteilung der Macht ihnen heute sehr unterschiedliche Positionen zuweist. Vielleicht ist es nicht allzu naiv zu glauben, dass ein wenig mehr gegenseitiges Verständnis noch immer eine Menge bewirken könnte.